

September 2026

Länderbericht

Auslandsbüro für die Baltischen Staaten



Jüngste russische Hybridaktivitäten in Deutschland

Marek Kohv, KAS-Fellow on Hybrid Threats

Deutschland ist aufgrund seines politischen wie wirtschaftlichen Gewichtes, seiner Rüstungsindustrie, seiner Unterstützung für die Ukraine und seiner Rolle als europäisches Logistik-Hub ein vorrangiges Ziel russischer Hybridoperationen.

Russische Dienste arbeiten zunehmend mit lokal angeworbenen Vermittlern, welche ein breites Aufgabenfeld bedienen: vom Fotografieren von Militäreinrichtungen über das Beobachten von Transportwegen bis hin zu Brandstiftung, Sabotage und Cyberattacken. Vielschichtige Tätigkeiten verkomplizieren Zuordnungen und erlauben Moskau sich von aufgedeckten Operationen zu distanzieren.

Koordinierte Attacken

Der Vorfall im August 2026 am Flughafen Leipzig/Halle veranschaulicht das Risiko. Eine mit Sprengstoff ausgestattete Drohne wurde Berichten zufolge nahe des ukrainischen Antonov Frachtflugzeuges gefunden, während eine weitere mutmaßliche Drohne scheinbar ein DHL-Frachtflugzeug während eines Durchstartens traf. Die Bundesstaatsanwaltschaft übernahm die Ermittlungen. Obwohl eine russische Involvierung nicht öffentlich bestätigt wurde, deuten Informationen amerikanischer Geheimdienste scheinbar darauf hin.

Frühere Fälle demonstrieren Russlands Interesse an militärischer Infrastruktur und Transportrouten. Im Oktober 2025 verurteilte das Oberlandesgericht München den Angeklagten Dieter S. zu sechs Jahren Haft in erster Instanz. Anklagepunkte waren nachrichtendienstliche Aktivitäten, Agentenaktivitäten mit dem Ziel der Sabotage und Planungen staatsgefährdender Gewalttaten. Er sammelte Informationen über Grafenwöhr, das Schienennetz, Industriestandorte und militärische Transportrouten. Zusätzlich wurden zwei Komplizen aufgrund nachrichtendienstlicher Aktivitäten verurteilt.

Zusammengefasst zeigen diese Fälle die Bemühungen auf Vulnerabilitäten zu identifizieren, Kosten für den Schutz kritischer Infrastruktur zu erhöhen und die Unterstützung für die Ukraine zu stören. Die Nutzung der Wegwerfagenten gibt Russland die Möglichkeit sich von den Aktivitäten zu distanzieren und lassen Operationen gegen die Staatssicherheit als gewöhnliche Verbrechen wirken.

Das Russische Haus in Berlin stellt ein weiteres Problem da. Geleitet von der EU-sanktionierten russischen Staatsagentur Rossotrudnichestvo, bleibt das Kultur- und Informationszentrum aktiv. Anschuldigungen, denen zufolge Sanktionen umgangen und Aktivitäten kommerziell ausgenutzt werden, müssen untersucht werden, belegen allerdings keine Eingebundenheit in Spionage und Sabotage. Dennoch zeigt der Fall wie sich kulturelle, diplomatische und kommerzielle russische Aktivitäten überschneiden können, was Untersuchungen und Vollstreckungen erschwert.

Zudem sorgten unter anderem Einschätzungen des französischen Außenministeriums zuletzt für Diskussionen das Kulturzentrum zu schließen. Den Informationen aus Frankreich nach handele sich beim Russischen Haus um eine Tarnung des russischen Geheimdienstes.

Eine Schließung gestaltet sich laut der Bundesregierung als kompliziert, denn die Nutzung des Russischen Hauses ist auf ein bilaterales Kulturabkommen von 2011 zurückzuführen. In diesem sind die Tätigkeiten von Kultur- und Informationszentren im jeweils anderen Land festgehalten, was auf deutscher Seite das Goethe-Institut betrifft. Der Vertrag verlängert sich alle fünf Jahre von selbst, sofern keine Kündigung sechs Monate vor Verlängerung eingereicht wird. Die nächste Frist läuft am 06. Dezember dieses Jahres aus.

Es ist jedoch der deutsche Staat selbst, der das Russische Haus grundfinanziert – mit 70.000€ im Jahr. Dies ist einem weiteren bilateralen Abkommen aus dem Jahr 2013 verschuldet, in welchem Deutschland sich verpflichtet, die Grundsteuer des Gebäudes zu zahlen. Das Abkommen wird erst in 85 Jahren auslaufen. Darüber hinaus ist das Gebäude mit seinen 29.000m² selbst im russischen Staatsbesitz.

Der Einzug einer Außenstelle des Digitalministeriums im Juli 2026 sorgte zuletzt ebenfalls für Schlagzeilen und Unverständlichkeit. Ein Bundesministerium in unmittelbarer Nachbarschaft zu einer potenziellen Spionageeinrichtung stellt ein erhebliches Sicherheitsrisiko für Deutschland da.

Mögliche Antworten und politische Ratschläge

1. Deutschland sollte die Möglichkeiten Russlands, den diplomatischen Schutz auszunutzen, weiter reduzieren. Die Ausweisung von 40 diplomatischen Mitarbeitern im April 2022 entfernte geschulte Offizielle aus ihren Positionen und störte lokale Netzwerke. Weitere Ausweisungen sollten nachrichtendienstlich geführt und gegebenenfalls mit gegenseitigen Personalbeschränkungen sowie einer genaueren Überprüfung der Missionsaktivitäten einhergehen.

2. Deutschland muss zudem die Netzwerke, welche in Rekrutierung, Finanzierung, Ausrüstung und Direktion von Vermittlern involviert sind

ausschalten. Das Bundeskriminalamt, die Geheimdienste, Zollbehörden, Finanznachrichtendienste, Bundes- und Landespolizei und Flugsicherheitsbehörden sollen Verbindungen zwischen kleinen Geschehnissen, verschlüsselter Kommunikation, Reisen, Beobachtungen und Kryptowährungszahlungen untersuchen. Permanente Vereinbarungen zum Informationsaustausch mit Flughäfen, Logistikunternehmen, Eisenbahnbetreibern und Rüstungsfirmen würden dabei helfen, verdächtige Pakete, Überwachungen oder Beschaffungen zu identifizieren, bevor eine Operation die Angriffsphase erreicht.

3. Von Russland beauftragte Vermittler sollen unter Bestimmungen der Staatssicherheit verurteilt werden, sofern die Beweislast dies hergibt, anstelle für Brandstiftung, Sachbeschädigung oder Sprengstoffdelikte. In Deutschland kommen bereits die Paragraphen 87 und 99 des Strafgesetzbuchs zur Anwendung, die die Tätigkeit von Agenten zu Sabotagezwecken sowie die Tätigkeit von Geheimdienstagenten regeln. Der Fall Dieter S. kann dafür als erfolgreiches Beispiel aus erster Instanz dienen. Die Bundesanwaltschaft soll schnell involviert werden, sofern Hinweise auf ausländische Einflussnahme, koordinierte Aufklärung oder strategische Zielerfassung existieren.

4. Das Russische Haus benötigt eine separate juristische und regulatorische Antwort. Deutschland soll das bilaterale Kulturabkommen, die Finanzierung der Institution und deren kommerzielle Verbindungen untersuchen und die EU-Sanktionen gegen untersagte Unterstützung von Rossotrudnchestvo durchsetzen. Diplomatische Privilegien sollten entzogen werden, sofern diese missbraucht werden. Jede Sperrung oder Einschränkung soll auf dokumentierten Rechtsverstößen beruhen, damit sie vor Gericht besser zu verteidigen und weniger anfällig für russische Propaganda sind. Zusätzlich soll geprüft werden, ob das unmittelbar benachbarte Referat des Digitalministeriums andere Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt bekommen kann.

5. Leipzig/Halle zeigt zudem die Notwendigkeit auf Logistikzentren gegen Gefahren innerhalb und außerhalb des Geländes zu schützen. Flughäfen, die mit militärischer Fracht oder Unterstützung für die Ukraine operieren, benötigen eine stärkere Drohnenerkennung, klare Handlungsbefugnisse und eine engere Koordinierung zwischen Polizei und Militär. Diese Sicherheitsvorkehrungen sollten die strategische Rolle einer Einrichtung und die Folgen einer Betriebsunterbrechung widerspiegeln, nicht nur die Fahrgastzahlen.

Fazit

Deutschland hat bereits russische geheimdienstliche und sabotierende Aktivitäten gestört, doch der Wandel zu entbehrlichen Vermittlern erfordert eine frühzeitigere Erkennung ausländischer Einflussnahme. Vorfälle

im Zusammenhang mit Überwachung, Brandstiftung, Drohnen oder Frachtnetzen sollten auf mögliche Verbindungen zu einer umfassenderen Operation eines feindlichen Staates untersucht und nicht isoliert betrachtet werden.

Die Antwort sollte eine Kombination aus nachrichtendienstlich gesteuerten Ausweisungen, Behinderungen des Netzwerks, Strafverfolgung wegen Verstößen gegen die Staatssicherheit, Durchsetzung von Sanktionen und einem verstärkten Schutz der Infrastruktur umfassen. Das Ziel ist es die Organisation hinter den Tätern zu identifizieren und zu zerschlagen, bevor ein Ersatz rekrutiert werden kann oder von der Aufklärungs- in die Angriffsphase übergehen kann.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Oliver Morwinsky
Leiter Auslandsbüro Baltische Staaten
Europäische und Internationale Zusammenarbeit
www.kas.de/baltischestaaten

oliver.morwinsky@kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)